

Die Jahresversammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Schweizer Zweig

Autor(en): **E.P.-L.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **62 (1968)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141440>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nicht regnet, so ist es, weil der liebe Gott es eben so haben will. Unsere Rolle besteht darin, diese durch ihr grosses Elend apathisch gewordenen Menschen aufzurütteln. Wir können nicht warten, bis es den Regierungen passt, etwas zu unternehmen, um die Situation zu verbessern. Wir müssen uns rühren und handeln, ohne auf die leeren Versprechungen der Politiker und herrschenden Kasten zu rechnen. Es ist an uns, die Dinge ins Rollen zu bringen.

Ich versuchte ein «Experte» der Menschenwürde und der Menschenrechte zu sein. Wenn ich auch nichts von Ökonomie verstehe, so weiss ich nichtsdestoweniger, was der Menschheit fehlt, um ein würdevolles Dasein führen zu können. Tiefgreifende Änderungen im Wirtschafts- und sozialen System dieser unglücklichen, vernachlässigten unterprivilegierten Länder sind ein Muss; diese Länder sind noch im Stadium der Sklaverei, im vollen Begriff des Wortes.

Diese Sklaverei kommt sowohl von den inneren Zuständen der Länder, für deren Rechte ich kämpfe, wie auch von aussen: vom Druck, den fremde, kapitalistische Kreise ausüben. Diese unterstützten unsere grosskapitalistischen Kreise, um ihren Profit zu vergrössern auf Kosten derer, die das Land bearbeiten, da wo man es nicht aus Spekulationsgründen brach liegen lässt. Die internationalen Konzerne profitieren von dieser schamlosen Situation und verhindern es, dass diese Länder sich entwickeln. Wir leben in einem Kolonialismus, der ein Zeichen Lateinamerikas ist, und der sich im lokalen Kolonialismus, je nach den Gegebenheiten des Landes, auswirkt. Machthunger und Furcht vor Kommunismus sind die Ursachen dieser Ausbeutepolitik, des Analphabetismus, gegen den man fast nichts tut, um die Bevölkerung in ihrer Ignoranz zu belassen. Jeder, der Verantwortungsgefühl besitzt, und Mitgefühl hegt für die Millionen von Ausgebeuteten, jeder der sein Gewissen erleichtern will, indem er diesen Massen hilft, sie aufweckt, damit sie ihre Lethargie abschütteln, um endlich ein menschenwürdiges Dasein zu führen, wird als «Kommunist» bezeichnet, den man als Aufwiegler brandmarkt und ins Gefängnis wirft. Man versucht mit allen Mitteln zu verhindern, dass diese ausgebeuteten Menschen ihre Rechte beanspruchen und begreifen, dass sie nicht Tiere, sondern Menschen sind. Worte genügen nicht – man ist übersättigt von leeren Versprechungen!

Dom Helder de Camara, Erzbischof von Olinda und Recife, Brasilien, am 31. Mai 1967 auf der Genfer Konferenz «Pacem in Terris» (zitiert nach «Interfact», Nummer 30/31, Frankfurt am Main, August 1967) Seite 691.

Die Jahresversammlung der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Schweizer Zweig

fand am 9./10. März 1968 in Basel statt. Neben den statutarischen Geschäften am Samstagnachmittag und der Berichterstattung am Sonntagmorgen über die Mitarbeit der Liga im Schweizerischen Friedensrat, in

der Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung, über die Arbeit der Internationalen Exekutive in Crêt-Bérard im Juni 1967 und über das Jahr der Menschenrechte, fand am Samstagabend ein öffentlicher Vortrag über «Konflikt- und Friedensforschung, ein Erfordernis unserer Zeit», mit Nationalrat Max Arnold als Referenten, statt. Ein Nachruf auf Dr. Clara Stockmeyer, den Dr. Christine Ragaz mit warmen Worten der Anerkennung für die Treue und des Dankes für die Mitarbeit der Verschiedenen zeichnete, und ein Nachruf auf Lida Gustava Heymann, der internationalen, leidenschaftlichen Kämpferin für Frieden und Gerechtigkeit und für die Rechte der Frau, den Gertrud Baer, unsere internationale Ligavertreterin bei der UNO in feinführender und einführender Art und Weise zu einer Gedenkstunde im schönsten Sinne gestaltete, hinterliessen einen nachhaltigen Eindruck. Eine jede der beiden Dahingeshiedenen hat der Sache des Friedens und der Gerechtigkeit selbstlos gedient.

Die Aussprache zu den einzelnen Traktanden war lebhaft und aufgeschlossen. Es wurde beschlossen, aus dem Ertrag der Stiftung «Pax Jugendwerk» wie gewohnt Frau Dr. Gertrud Kurz vom Christlichen Friedensdienst einen Beitrag zu übergeben und daneben eine deutsche und eine französische Jugendliche, die noch zu bestimmen sind, am Kongress der Internationalen Frauenliga in Nieborg (Dänemark) im August 1968 teilnehmen zu lassen. Im Zusammenhang mit dem Internationalen Kongress wurde die Frage aufgeworfen, was zu tun sei, um den amerikanisch-angelsächsisch-skandinavischen einseitigen Einfluss etwas auszugleichen. Die Diskussion zeigte, dass diese Frage, so erwünscht es wäre, nicht einfach zu lösen ist, weisen doch die Länder dieser Gebiete die höchsten Mitgliederzahlen auf. Besonders erwähnt sei die lebhafteste Diskussion über den Vietnamkrieg und die Verurteilung der USA-Politik, unter gleichzeitiger Anerkennung der Gegenbewegung in Amerika. In einer Resolution für die Presse wurde die Diktatur in Griechenland gebrandmarkt und die Propaganda für den Tourismus in diesem Lande abgelehnt.

Nun zur öffentlichen Versammlung vom Samstagabend: Vorausschicken möchte ich, dass es anerkennungswert ist, dass Nationalrat Max Arnold trotz grosser Arbeit und Beanspruchung sich bereit gefunden hat, in einem eher bescheidenen Kreis seine überaus interessanten Ausführungen und Gedanken darzulegen. Ein aufmerksames Publikum dankte ihm mit reger Teilnahme an der nachfolgenden Diskussion. Schon 1955 hat der Referent im Nationalrat ein Postulat für die Schaffung eines Institutes für Konflikt- und Friedensforschung eingereicht. Die Antwort des Bundesrates lautete damals nicht sehr hoffnungsvoll. Durch die Arbeit der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung, hauptsächlich aber nach einer Sitzung des Europarates, fand das Postulat, das Arnold im Jahre 1966 im Nationalrat erneuerte, Unterstützung auf breitester Basis. In anderen europäischen Ländern sind schon lange Bemühungen im Gange, und es bestehen heute bereits 44 solche Institute in Europa. Bevor in der Schweiz ein solches geschaffen wird, soll sorgfältig durch Vergleiche herausgefunden werden, wie man sich dieses Institut vorstellt. Die Gefahr ist nicht zu übersehen, dass man einen Lehrstuhl schafft,

der doch nichts ist. Nationalrat Arnold weiss nicht, wie weit die Arbeiten des Bundesrates gediehen sind. Er hat bereits in seiner Begründung auf das schwedische Beispiel hingewiesen: Nötig ist ein genügend grosses Kader von Wissenschaftern und Forschern, damit eine fruchtbare Arbeit geleistet werden kann, sei es an eine Universität angeschlossen, sei es als selbständiges Institut. Wir würden 15 bis 20 Personen benötigen, wenn wir das Beispiel Schweden als Vorbild nähmen; Kosten einige Millionen Franken jährlich. Es ist so gedacht, dass es vollständig unabhängig sein sollte, aber aus staatlichen Geldern finanziert würde. Nach der Behandlung im Parlament, wo es einstimmig angenommen worden ist, ist es wichtig, dass wir immer wieder darauf hinweisen, dass es von seiten von Studenten und Professoren Unterstützung findet. Es soll auch frühzeitig darüber gewacht werden, was der Bundesrat zu tun gedenkt. Gehen die Vorbereitungen in falscher Richtung, dann wird auch ein falscher Weg eingeschlagen. Der Referent sagte: «Wir möchten nicht, dass es an die militärwissenschaftliche Abteilung der ETH käme. Gustav Däniker zum Beispiel hat in der Festschrift für Uhlmann sich für das Friedensinstitut ausgesprochen, und betont, dass gemeinsame Gesichtspunkte bestehen.» Zum Unterschied der Genfer finden die Zürcher Studenten, dass das Institut nach Zürich gehört, gerade weil Zürich es nötiger hat. Studenten haben Interesse, an dieser Forschungsarbeit teilzunehmen. Professor Fritsch von der ETH hat Nationalrat Arnold berichtet, dass er ein Forschungsinstitut für die Entwicklungshilfe brauche. Professor Fritsch kennt die Problematik der Forschung. Arnold wünscht, dass Bundesrat Spühler den Ehrgeiz hätte, das Institut bald zu schaffen. Die Professoren Fritsch und Heinz haben Bundesrat Spühler geschrieben. Es müsste eine multilaterale Zusammenarbeit, ein finanzieller Beitrag der Länder entsprechend ihrem Vermögen, um Entwicklungsländern zu helfen, ins Auge gefasst werden. Ein Punkt darf nicht vergessen werden: Das Institut müsste ein wissenschaftlicher Forschungskörper sein, der der Schweizer Regierung zur Verfügung steht, und es müsste ein eigenes Forschungsprogramm geben und Verbindung schaffen zu den anderen europäischen Instituten. Der Europarat empfiehlt die Schaffung von vielen Instituten und ist nicht für ein Zentralinstitut. Nationalrat Arnold weist auch auf die Skepsis vieler Leute hin. Der Erfolg der Forschungsarbeit kann nicht unmittelbar sichtbar werden; es ist eine Arbeit auf lange Sicht. Wir müssen wissen, dass heute in einer völlig neuen Situation gearbeitet werden muss. Die ganze Menschheit ist noch nie so in Gefahr gewesen. Es ist eine politische Aktivität nötig, damit sich die ganze Menschheit dieser Gefahr bewusst werde. Der Forschung stehen heute Mittel zur Verfügung, die imstande sind, diese Konflikte zu lösen (Computer). Amerika ist das Land, das zeigt, dass Computer gerade in entgegengesetzter Richtung gehen können. Wir müssen uns klar sein, dass es Mittel gibt, die imstande sind, den Frieden zu retten. Es ist wahr, dass es immer Konflikte geben wird, aber es ist klar, dass es keine Kriege mehr geben darf. Fatalismus, dass man dem nicht begegnen kann, darf nicht aufkommen. Menschen haben auch schon Kriege verhindern können, wenn beizeiten den Ursachen entgegengetreten werden konnte. Wir wissen, dass in

der Eskalation die grosse Gefahr liegt: Es tritt etwas ein, das man nicht wollte. Ein schweizerisches Institut hat als weitere Aufgabe als Beraterin für die Regierung, als Stelle zur Verhinderung von Konflikten zu wirken, darüber hinaus hat es die Bedeutung, dass die Schweizer sich bewusst werden müssen, dass die Landesverteidigung nicht mehr nur militärisch gesehen werden muss, sondern, dass das Schwergewicht in der Kriegsverhinderung, nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Aufgabe ist. Ein solches Institut kann eine Waffe zur Erhaltung des Friedens sein.

Wir haben den Vortrag von Nationalrat Max Arnold bewusst etwas ausführlich wiedergegeben, weil wir finden, dass seine Äusserungen und Gedanken wert sind, bekanntgegeben zu werden, damit man sich mit ihnen in grösserem oder kleinerem Kreis auseinandersetzt. E. P.-L.

Und wenn der Friede nicht kommt . . . ?

Ein Aufsehen erregendes Buch von Voraussagen international bekannter Wissenschaftler unter dem Titel «Unless Peace Comes» (Wenn nicht Friede wird) ist kürzlich erschienen.* Es wurde herausgegeben von *Nigel Calder* (Wissenschaftlicher Mitarbeiter des «New Statesman») und informiert über Möglichkeiten künftiger Kriegführung, die wir der heutigen Wissenschaft zu «verdanken» haben. Das Buch soll nicht «in Panik machen», wie der Herausgeber betont, wohl aber, angesichts verbreiteter Unkenntnis der Gefahr, nachdrücklich auf unsere einzige Chance des Überlebens hinweisen — *die Abrüstung.*

Blutiges Arsenal

Man stelle sich einmal vor, welches Arsenal von Waffen im Lauf der letzten 20 Jahre für künftige Kriege bereitgestellt wurde: Die H-Bombe und die sogenannte taktische A-Bombe, Jet-Bomber und eine ganze Serie von lenkbaren Geschossen. Dazu gibt es atomangetriebene Unterseeboote, die mit Lenkwaffen bestückt sind. Auf dem Gebiete der militärischen Nachrichtenübermittlung und Spionage stehen Satelliten im Dienst. Das Neueste sind anti-missile Lenkgeschosse, über deren Einführung oder Nichtbeschaffung jetzt bei den Grossmächten beraten wird. Wenn das Rüstungswettrennen weiter geht, muss man mit einer ebenso umfangreichen Produktion *neuer Waffen* für die nächsten zwei Dezennien rechnen.

Biologische Waffen

Dabei stellen schon die heute vorhandenen biologischen Waffen eine direkte Bedrohung dar, die den Nuklearwaffen samt Abwehrlenkgeschossen leicht den Rang ablaufen könnten, wie Carl-Göran Hedén, ein schwedischer Mikrobiologe, feststellt; denn sie sind auch für kleine oder arme Nationen

* Unless Peace Comes. Alan Lane. The Penguin Press. London 1968./35/-